

Hannoversche Allgemeine

www.haz.de

Freitag, 20. November 2009

Z E I T U N G

Nr. 271 • 47. Woche • Preis 1,30 €

HANNOVERSCHER ANZEIGER VON 1893

e Lust



Im November '79:
Vor 30 Jahren starteten die
Grünen in Hannover / **S. 17**



Im Interview:
Per Mertesacker spricht über die
Zeit seit Robert Enkes Tod / **S. 25**

Geldpolitik

Die neue Gefahr

VON ALBRECHT SCHEUERMANN

Ein Jahr ist in historischen Dimensionen keine lange Zeit, es kann aber einen großen Unterschied machen. Vor einem Jahr raste die Welt in die Krise, und niemand wusste, wie das alles enden würde. Heute, im November 2009, scheint die Krise vorbei zu sein. Die Aktienkurse haben sich kräftig erholt, viele Banken machen wieder dicke Gewinne, und die Finanzminister befassen sich mit dem üblichen Elend, also den leeren Staatskassen, statt in hektischen Nachtsitzungen das globale Finanzsystem zu retten.

Alles wieder normal? Es scheint so. Manche Leute zweifeln gar daran, dass es überhaupt eine Weltwirtschaftskrise gegeben hat. Es soll sogar Ökonomenprofessoren geben, die das Ganze für eine gewöhnliche Rezession halten, die nur von Politikern und Medien aufgebauscht wurde.

Tatsächlich haben viele die Wucht der Geschehnisse nur sehr gedämpft mitbekommen. Das gilt nicht nur für gut abgesicherte Beschäftigte im Staatsdienst. Auch in vielen Unternehmen haben Kurzarbeit und die Hoffnung auf eine baldige Rückkehr normaler Konjunkturverhältnisse zunächst Schlimmeres verhindert. Zudem hat der teils drastische Preisrückgang die privaten Haushaltskassen entlastet, viele Menschen haben heute mehr Kaufkraft als vor einem Jahr.

Kommt jetzt die Blase nach der Blase?

Dennoch: Dramatische Zeiten liegen hinter uns – mit Bankenzusammenbrüchen, abstürzenden Kursen an den Finanz- und Rohstoffmärkten, Auftragsrückgängen in vielen Industrieunternehmen von 30, 40 oder 50 Prozent. Zu Recht sind die Regierungen weltweit mit schwerem Geschütz dagegen vorgegangen. Die Notenbanken veranlassten eine Geldschwemme mit Niedrigstzinsen bis zu null Prozent, was die Bankbranche entlasten und den Kreditmarkt in Gang halten sollte. Die Politiker schnürten gewaltige Konjunkturpakete, was zum Beispiel manchen Schulen zur dringend notwendigen Sanierung und Fußgängerzonen zu weniger notwendigem neuen Pflaster verhalf – ganz zu schweigen von den Autofahrern, die dank Abwrackprämie jetzt ein neues Fahrzeug besitzen.

Wie geht's weiter? Noch trauen viele Experten dem Braten nicht und raten dazu, die Wiederbelebungsapparate nicht vorschnell abzuschalten. So sehen auch die Notenbanken in den USA und in Europa noch keinen Grund, nun die Phase der extrem lockeren Geldpolitik zu beenden. Noch sei die Lage zu labil, sagen sie.

Die Erfahrungen früherer Krisen lehren jedoch eines: Es ist wichtig, rechtzeitig vom Krisen- auf den Normalmodus umzuschalten. So wird nicht zu Unrecht der US-Zentralbank vorgeworfen, dass



Thomas

Hannovers Oper in neuem Licht

Dieses Licht legt sich wie eine feine Hülle um Hannovers Opernhaus: Zwei Jahre haben Fachleute an der Idee gearbeitet, gestern nun wurden die 44 Scheinwer-

fer, die den Laves-Bau in ein neues Licht tauchen, in Betrieb genommen. Die neue Anlage folgt dem Gedanken des zwischen Stadt und Stadtwerken abge-

stimmten Beleuchtungskonzeptes 2015, das für die Innenstadt künftig nur noch eine Lichtfarbe vorsieht: ein warmes Weiß. ▶ Seite 17

Pflegehelferin isst Teewurst und wird fristlos entlassen

Caritas Seniorendienste Hannover zeigen sich hart: Das ist Diebstahl

VON HEINRICH THIES

Hannover. Ein hannoversches Pflegeheim hat einer Beschäftigten fristlos gekündigt, weil sie ein Stück Teewurst entwendete. Bei dem Arbeitgeber handelt es sich um die Caritas Seniorendienste Hannover, bei der Entlassenen um eine schwerbehinderte Frau.

Sabine T. war seit 18 Jahren als Pflegehelferin im Seniorenzentrum St. Martinshof in Hannover-Misburg beschäftigt. Während einer Frühstückspause nahm die 40-Jährige sich vor einigen Monaten aus dem Kühlschrank eine Teewurst, die eigentlich für die Bewohner bestimmt war, und schmierte sich damit ein Brot. Dabei wurde sie beobachtet – und erhielt umgehend die Kündigung.

„Hannover hat jetzt seinen Teewurst-Fall“, sagt die Anwältin der Entlassenen, Sabine Kiemstedt. „Ich bin erschüttert, wie manche Arbeitgeber mit Arbeitnehmern umgehen, die sich seit Jahren für

den Betrieb eingesetzt haben.“ Der Arbeitgeber indessen spricht von Diebstahl. „Was sie getan hat, ist strikt untersagt“, sagt Hans-Henning Pflüger, Anwalt der Caritas. „Da muss man einfach reagieren.“ Ob sich die Frau in der Vergangenheit an die Regeln des Hauses gehalten habe, sei dabei völlig unmaßgeblich. „Wir reden hier über Diebstahl, da kann es kein erstes oder zweites Mal geben.“

Wegen anderer „völlig abstruser Vorwürfe“ habe die Frau bereits in der Vergangenheit Abmahnungen erhalten, sagt die Anwältin. „Das zeigt, dass man sie mit allen Mitteln loswerden wollte.“

Die Betroffene wollte am Donnerstag zu den Vorwürfen nichts sagen. Für Dienstag, 1. Dezember, ist vor dem Arbeitsgericht Hannover ein Gutetermin anberaumt worden. „Der Fall reiht sich ein in die Kette von Verfahren, die in der vergangenen Zeit bundesweit die Öffentlichkeit beschäftigt haben“, sagt der Sprecher des Arbeitsgerichts, Kilian

Wucherpfeffig. Die Rede ist von sogenannten Bagatellkündigungen. Es begann mit dem Pfandbon-Fall: Einer Supermarkt-Kassiererinnen aus Berlin war nach 30 Jahren Betriebszugehörigkeit gekündigt worden, weil sie zwei Pfandbons im Wert von 1,30 Euro unterschlagen hatte. Eine Sekretärin musste gehen, weil sie von einem Chef-Imbiss ein Frikadellen-Brötchen genommen hatte. Eine Altenpflegerin in Radolfzell am Bodensee erhielt jüngst die Kündigung, weil sie sich unerlaubterweise sechs Maultaschen eingepackt hatte.

Oft gaben die Arbeitsgerichte den Arbeitgebern recht. Im Pfandbon-Fall hat aber jetzt das Bundesarbeitsgericht die Revision zugelassen. Die Entscheidung wird mit Spannung erwartet. Sie dürfte Modellcharakter für Kündigungsklagen nach Bagatellvergehen haben.

▶ Kommentar Seite 2
▶ Kopfschütteln in Hannover Seite 15

Schäuble blockiert die Y-Trasse

Streit zwischen Berliner Ministern über Bahn-Plan

VON KLAUS WALLBAUM

Hannover/Berlin. Die sogenannte Y-Trasse, eines der wichtigsten Verkehrsprojekte im Bahnverkehr in Niedersachsen, ist vom neuen Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) gestoppt worden. Wie am Donnerstag in Regierungskreisen in Hannover bekannt wurde, fließt ein für die Planung dieser Strecke notwendiger Zuschuss des Bundes von 20 Millionen Euro nicht, weil Schäuble offenbar grundsätzliche Bedenken hat. Unterdessen sagte Enak Ferlemann (CDU), Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, er arbeite „mit Hochdruck an einer Lösung“. Die Y-Trasse sei „zwingend erforderlich, sie genießt weiter höchste Priorität“. Notfalls müsse Geld umgeschichtet werden.

Die neue Bahnstrecke soll Hamburg, Bremen und Hannover verbinden, sie hat auf der Landkarte die Form eines Y und